

**TOP 7: Eine starke, erneuerte Regionalpolitik für alle Regionen nach 2020 –
Politische Erklärung und Gipfel der Regionen in Brüssel am
28. September 2016
- Staatskanzlei -**

Beschluss:

Der Ministerrat nimmt die Vorlage "Eine starke, erneuerte Regionalpolitik für alle Regionen nach 2020" zu der politischen Erklärung der Regionen und zum Gipfel der Regionen zur Kenntnis.

Der Ministerrat stimmt dem Beitritt von Rheinland-Pfalz zu Regionen übergreifenden kohäsionspolitischen Erklärung "Eine starke, erneuerte Regionalpolitik für alle Regionen nach 2020" zu, die wichtige auf EU-Ebene zu unterstützende Aspekte thematisiert. Der Ministerrat bittet die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, die Erklärung im Namen der Landesregierung zu unterzeichnen.

Erläuterungen:

Die o.g. Erklärung zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik wurde im Kontext der anstehenden Neuverhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auf EU-Ebene und der einschlägigen politischen Diskussionen innerhalb der Kommission zur Neugestaltung und Ausrichtung der europäischen Strukturfonds entworfen. Die Erklärung würdigt die europäische Kohäsionspolitik als Instrument für das Erreichen von wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt in der EU und entscheidendes Mittel zur Verringerung der Entwicklungsunterschiede, aber dadurch auch als Motor für die europäische Integration.

Die Erklärung legt Wert auf eine Einbindung der Regionen in die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene. Die Kohäsionspolitik wird dahingehend gewürdigt, dass sie ausschlaggebend für die sichere und verlässliche Planung und Umsetzung langfristiger Investitionen in strategische EU-Prioritäten vor Ort, wie zum

Beispiel Forschung, Innovation, erneuerbare Energien, KMU, Wettbewerbsfähigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen und als erfolgreiches Politikinstrument auf ihre Ergebnisse hin messbar ist.

Die Kohäsionspolitik soll - auch in der künftigen Förderperiode - jede Regionen-Kategorie erfassen. Zuschüsse sollen als Hauptfinanzierungsinstrument bestehen bleiben. Zusätzlich sollten Regionen die Möglichkeit erhalten, dort Finanzinstrumente zu nutzen, wo sie es für angemessen erachten. Die Erklärung fordert insbesondere auch eine Erleichterung und Angemessenheit des administrativen Aufwandes bei der Abwicklung der Kohäsionspolitik ein.

Die Erklärung befasst sich primär mit Anliegen bezüglich des EFRE-Fonds und ESF-Fonds, wobei aktuelle Fragestellungen zum für Rheinland-Pfalz bedeutenden ELER-Fonds darin nicht aufgegriffen werden. Die Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit („Interreg“) – Rheinland-Pfalz ist an fünf Programmen beteiligt – sollen weiter gestärkt und mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Zugleich fordert die Erklärung ein, dass der nach wie vor größte Teil an Finanzausweisungen für die am wenigsten entwickelten Regionen beibehalten werden soll. Dennoch ist die Thematisierung der in der Erklärung behandelten Aspekte in ihrer Gesamtheit aus Sicht der Staatskanzlei unterstützenswert.